FZ

Finanzielle Zusammenarbeit

Beilage in E+Z 9–10/2015
Eine Sonderveröffentlichung der

KFW

www.kfw-entwicklungsbank.de

Klima im Wandel: Anpassung und Schutz

KfW-Bildarchiv/Jens Steingässer

KfW-Experte Harnisch: „Ansätze mit dauerhafter Akzeptanz gefragt“

Afrika: Dürreversicherung für Notzeiten

Indien: Netzausbau für „grünen“ Strom

„Deutschland ist international Vorreiter“

Eine Urkunde des Nobel-Komitees schmückt das Büro von Jochen Harnisch, Leiter des Kompetenzcenters „Umwelt und Klima“ der KfW Entwicklungsbank sowie deren Nachhaltigkeitsbeauftragter. Als koordinierender Leitautor hat er seit 2000 dazu beigetragen, dass der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change/IPCC) 2007 den Friedensnobelpreis erhielt. Mit seinen 15 Mitarbeitern unterstützt der promovierte Physiker (47) das Engagement der KfW Entwicklungsbank für Klimaschutz und Klimaanpassung.

Haben wir die Veränderungen durch den Klimawandel genügend verstanden, um die richtigen Maßnahmen zu ergreifen?
Wir wissen, dass der Klimawandel stattfindet, doch der genaue Verlauf in der Zukunft ist noch unklar. Das heißt aber nicht, dass wir einfach abwarten sollten. Bereits jetzt bestehen massive Defizite bei Anpassungen an das heutige Klima, diese werden sich verstärken. Denn Anpassung an den Klimawandel heißt Anpassung an bestehende Variabilität des Klimas und an den erwarteten Wandel. Je nach Region sind die Prognosen für den Klimawandel unterschiedlich sicher. Für etwa die Hälfte der Landflächen ist zumindest die Richtung klar, etwa bei Niederschlagsmengen oder der Häufigkeit von Dürren. Für die andere Hälfte nicht. Das liegt daran, dass dort weniger Daten vorliegen und die meteorologischen Abläufe in den Tropen oft komplexer als in unseren Breiten sind.

Die Vorhersagen sind also besonders für Regionen unsicher, in denen viele Entwicklungsländer liegen?
Ja, aber das Problem hört sich schlimmer an, als es ist. Es geht um eine Anpassung an das jetzige Klima und an den zukünftigen Klimawandel. In vielen Entwicklungsländern bestehen große Investitionsdefizite. Die Anpassung an den Klimawandel sollte nicht als separates Feld, sondern in enger Verzahnung von guter Entwicklung und guter Planung gesehen werden.

Die Anpassung an den Klimawandel kostet geschätzt jährlich eine Summe im dreistelligen Milliardenbereich. Wer kann das bezahlen?
Die Kosten sind schwer zu beziffern, aber sie werden hoch sein. Es ist unklar, was unter Anpassung an den Klimawandel fällt und was nicht. Einen Teil der Kosten werden die Industrieländer tragen, wie sie es gerade bei der Konferenz „Financing for Development“ in Addis Abeba wieder bekräftigt haben. Über Entwicklungszusammenarbeit kann aber nur ein Teil der notwendigen Investitionen finanziert werden. Wichtig sind gute Regierungsführung und Mobilisierung einheimischer Steuermittel sowie deren Verteilung zum Wohle des ganzen Volkes.

Die Industrieländer haben einen beachtlichen Lebensstandard erreicht, indem die natürlichen Ressourcen ausgebeutet wurden. Die Schwellenländer wollen genau diesen Weg beschreiten, doch der Klimaschutz erfordert eine begrenzte Nutzung natürlicher Ressourcen. Beschränkt der Klimaschutz den Weg aus der Armut?

Politikziel Klimaschutz und -anpassung

Die Bundesrepublik Deutschland ist von Beginn an Vorreiter der internationalen Klimapolitik. Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt sich seit Jahrzehnten für Klimaschutz ein und kooperiert mit Partnerländern bei der Anpassung an den Klimawandel sowie beim Ausbau von erneuerbaren Energien bzw. beim Waldschutz.

„Unser Ziel ist, dass sich die Erde nicht um mehr als zwei Grad erwärmt,“ sagt Minister Müller. „Wir können dieses Ziel noch erreichen – allerdings nur, wenn alle Staaten dazu beitragen, auch die Entwicklungs- und Schwellenländer. Deutschland wird sie dabei intensiv unterstützen.“

www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/klimaschutz/index.html

Wir sollten die Entwicklungsländer dabei unterstützen, auf einen niedrig-emittierenden Entwicklungspfad einzuschwenken. Die wachsenden Wirtschaften der Entwicklungsländer benötigen viel Energie. Sie setzen häufig noch auf Kohle, Gas und große Wasserkraftanlagen oder etwa Kernenergie. Für die erforderlichen Transformationsprozesse zur Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad steht zwar viel, aber bei weitem nicht genug Geld zur Verfügung, um erneuerbare Energien zum universellen Standard zu machen.

Marokko hat mit Unterstützung der Bundesregierung und anderer Geber das solare Großkraftwerk in Ouazarzate gebaut. Wären dezentrale Anlagen nicht sinnvoller als Megaprojekte?
Der mustergültige Solarpark zeigt, welche Möglichkeiten Solarenergie in einem Entwicklungsland mit hoher Kompetenz und Ownership bei entsprechender Beteiligung internationaler Geber bietet. Dezentrale Lösungen können in Einzelfällen für abgelegene Krankenhäuser, Schulen und Dörfer sinnvoll sein. Gerade in Afrika ist die dezentrale Versorgung sicher ein wichtiger Weg, aber eher als Einstieg. Bei fortschreitender Entwicklung werden auch weiter zentrale Netze aufgebaut, die es gestatten, variablen Verbrauch und Erzeugung effizient zusammenzubringen. Wir sollten das eine machen, ohne das andere zu lassen.

KfW-Bildarchiv/Jens Steingaesser

Dr. Jochen Harnisch ist Leiter des Kompetenzcenters „Umwelt und Klima" sowie Nachhaltigkeitsbeauftragter der KfW Entwicklungsbank.

Viele Ansätze der KfW Entwicklungsbank zum Klimaschutz fördern technologische Lösungen. Ist das ausreichend?
Wir werden für Emissionspfade, wie sie zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels erforderlich sind, um eine Änderung des Lebensstils nicht herum kommen, auch wenn es bisher oft nicht so gesagt wird. Der Einsatz von klimafreundlichen Technologien allein kann helfen, den schlimmsten Klimawandel zu verhindern – mehr nicht.

Wie können Kompensationsleistungen für die Emissionsvermeidung wie das REDD-System (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) zum Klimaschutz beitragen?
Es hat sich gezeigt, dass der Handel mit Klimaschutzzertifikaten nicht den gewünschten Effekt erreichte. Um Wald- und Klimaschutz zu verbinden, wurde REDD entwickelt. Die Idee ist, sich nicht auf einzelne schützenswerte Gebiete zu fokussieren, sondern für jedes Land maßgeschneiderte Rahmenbedingungen schaffen zu helfen, um die Entwaldung wirkungsvoll zu stoppen.

Die KfW ist eine von weltweit nur 20 Institutionen, die Programme und Projekte für den Green Climate Fund (GCF) entwickeln. Wie kommt es zu diesem Spitzenplatz?
Den haben wir uns hart erarbeitet, indem wir die richtige Mischung aus Innovation, Breitenwirkung und zuverlässiger Umsetzung gefunden haben. Unsere Partner in Entwicklungsländern wissen, dass wir sie nicht bevormunden und dass wir mit unserem Know-how und mit langem Atem an ihrer Seite stehen.

Welche Chancen bietet der Fonds?
Die Erstkapitalisierung ist bereits gesichert, denn die Zusagen der Industrieländer liegen vor und erste Beiträge wurden eingezahlt. Welche Projekte umgesetzt werden, wird bei der nächsten Board-Sitzung des GCF im November entschieden. Bisher ist noch unklar, über welche Instrumente der GCF verfügen wird. Werden es eher Darlehen oder eher Zuschüsse? Ob der GCF langfristig relevant wird, hängt auch vom politischen Momentum nach der internationalen Klimakonferenz COP 21 in Paris ab.

KfW-Bildarchiv/Jörg Böthling

Erneuerbare Energien spielen bei der Erreichung des Zwei-Grad-Ziels eine bedeutende Rolle.

Deutschland hat eine ambitionierte Energiewende beschlossen. Ist das ein Vorbild für andere Länder?
Deutschland ist international Vorreiter. Kein Land geht so konsequent voran und stellt so viele Mittel für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern bereit. Was ich mir wünsche: Als Hauptfinanzier sollten wir den Mut finden, mehr eigene Akzente zu setzen, anstatt nur auf internationale Prozesse zu schauen. Wir sollten pragmatisch und flexibel mit Partnerländern gemeinsam spezifische Ansätze entwickeln, die dort bei Entscheidungsträgern und Bevölkerung dauerhaft Akzeptanz finden. //

Die Fragen stellte Charlotte Schmitz.

Hilfe in Trockenzeiten

Es bleibt ihnen nichts anderes übrig: Wenn Dürre herrscht, schlachten Bauern in Afrika ihr Vieh, um die Notzeit zu überbrücken. Nach der Trockenperiode stehen sie dann vor dem Nichts. Doch jetzt gibt es eine Alternative. Eine innovative Versicherung, mit der sich Staaten gegen Dürrefolgen absichern können, hat ihre erste Bewährungsprobe bestanden.

Das Jahr hat für die Menschen im Senegal nicht gut begonnen. Der Regen blieb aus. Trockenheit machte sich breit, das Vieh fand keine Weide mehr. Das bedroht die Existenz. 78 Prozent der Senegalesen leben von der Landwirtschaft. Senegal ist kein Einzelfall. Entwicklungsländer leiden besonders unter den Folgen des Klimawandels, für Anpassungsmaßnahmen fehlen häufig die Mittel. Die KfW Entwicklungsbank hat mit dem britischen Department for International Development, der African Risk Capacity Agency und einigen afrikanischen Ländern die weltweit erste Dürreversicherung auf den Weg gebracht.

KfW-Bildarchiv/Bernhard Schurian

Wenn der Brunnen versiegt: Zahlungen aus einer Dürreversicherung helfen Notzeiten zu überbrücken.

„Der politische Wille war da", sagt Dr. Thomas Duve, KfW-Abteilungsleiter Südliches Afrika und Regionale Fonds. „Es fehlten nur die notwendigen Strukturen und entsprechenden Mittel." Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die KfW Entwicklungsbank 50 Millionen Euro für den Aufbau einer Versicherungsgesellschaft bereitgestellt, der African Risk Capacity Insurance Company Limited (ARC Ltd.). Insgesamt konnten 170 Millionen US-Dollar für die neuartige Versicherung mobilisiert werden, die Staaten in Anspruch nehmen können, die detaillierte Nothilfepläne ausgearbeitet haben.

Die Versicherung hilft den Bauern, wenn der Regen ausbleibt und das Vieh hungert. Sie reagiert viel schneller als traditionelle Nothilfe. Denn es ist absehbar, wann es zu einer Trockenperiode kommt. Dabei hilft moderne Technik: Zwei Satelliten im All messen kontinuierlich, wie viel Regen wo fällt und liefern Prognosen, wann es zu Ernte- und Futterausfällen kommt. Dann treten Notfallpläne in Kraft, die die Teilnehmerstaaten vorab festgelegt haben.

„Während die klassische Nothilfe in der Regel erst sieben bis neun Monate nach Dürreeintritt anläuft, kann die ARC Ltd. deutlich früher reagieren", lobt Thomas Duve. Auszahlungen aus der Versicherung treffen bereits innerhalb von 120 Tagen bei den Notleidenden ein. Ihre erste Bewährungsprobe hat die Dürreversicherung bestanden: Anfang des Jahres zahlte die ARC Ltd. rund 26 Millionen US-Dollar an drei Länder aus, davon 16 Millionen an Senegal. So konnten Nahrungsmittel- und Futterhilfen für Vieh bezahlt werden. Das überbrückt die Zeit, bis traditionelle Formen der Nothilfe greifen. *(cas)* //

Sichere Zuflucht vor Zyklonen

Der Klimawandel trifft Bangladesch gleich doppelt: Das Land ist eines der am dichtesten besiedelten der Erde und erlebt sehr häufig Naturkatastrophen. Diese nehmen aufgrund der Veränderungen des Klimas zu. Seit den 60er Jahren starben eine halbe Million Menschen in Bangladesch allein an den Folgen von Zyklonen. Starke Wirbelstürme und häufige Überschwemmungen werden für die nächsten Jahrzehnte vorhergesagt.

Eine sichere Zuflucht vor Zyklonen bieten Schutzbauten entlang der Küste. Die KfW Entwicklungsbank hat im Auftrag des BMZ 450 davon seit 1991 mit 52 Millionen Euro gefördert. 50 Schutzbauten befinden sich derzeit im Bau, finanziert aus dem Energie- und Klimafonds des BMZ. Sie dienen im Alltag als Grundschulen und Markthallen. In ländlichen Regionen sind sie häufig die einzigen öffentlichen Bauten und damit ein beliebter Treffpunkt für die Gemeinden. Im Katastrophenfall retten sie Leben. (cas)

Strom fließt durch „Grüne Korridore“

Neue Leitungen für mehr erneuerbare Energie in Indien.

In Indien wächst der Bedarf an Elektrizität ständig. Immer mehr Menschen und die aufstrebende Wirtschaft auf dem Subkontinent benötigen Energie: Noch immer haben rund 25 Prozent der Bevölkerung, fast 300 Millionen Menschen, keinen Zugang zu Strom.

Das Land baut deshalb seine Stromnetze und Kraftwerke mit großer Geschwindigkeit aus. Damit die erneuerbaren Energien an diesem Zuwachs einen möglichst großen Anteil haben, hat die Bundesregierung vor zwei Jahren bis zu einer Milliarde Euro an Unterstützung in Aussicht gestellt. Auf dieser Grundlage hat die KfW Entwicklungsbank eines der größten Kreditpakete ihrer Geschichte auf den Weg gebracht.

Darlehensverträge über 500 Millionen Euro mit dem indischen Energieunternehmen „Powergrid“ und über 125 Millionen Euro mit zwei regionalen Versorgern wurden bereits abgeschlossen. Weitere Verträge bis zur Gesamtsumme von einer Milliarde Euro folgen in den nächsten ein bis zwei Jahren. Mit dem Geld werden neue Umspannstationen, Stromtrassen und Übertragungsleitungen speziell für den Transport erneuerbarer Energie in Indien finanziert – so genannte „Grüne Korridore“.

Über diese Leitungen wird in sieben indischen Bundesstaaten Strom aus Sonne, Wind und Wasserkraft in das öffentliche Netz eingespeist. Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am indischen Strom-Mix von 12 auf 15 Prozent steigen. Hinzu kommen rund 16 Prozent aus großen Wasserkraftwerken im Himalaya. Die Unterstützung beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Indien ist ein wichtiger Beitrag zum internationalen Klimaschutz. Denn derzeit gehört das Land zu den weltweit größten CO_2-Emittenten, es liegt hinter China und den USA an dritter Stelle – mit steigender Tendenz. Immer noch stammen über zwei Drittel des Stroms aus fossilen Energieträgern, und die Kraftwerke sind oft veraltet und ineffizient.

„Durch den weiteren Ausbau insbesondere von Solar- und Windkraft kann der wachsende Ausstoß an Treibhausgasen in Indien gebremst werden“, sagt der KfW-Projektmanager Oliver Jünger. Es sei aber notwendig, dass der klimaneutrale „grüne“ Strom dort ankommt, wo er gebraucht wird. Denn er wird zu 80 Prozent in nur sieben der 29 Bundesstaaten des Landes erzeugt (Gujarat, Andhra Pradesh, Himachal Pradesh, Maharashtra, Karnataka, Rajasthan und Tamil Nadu). Regionen, die vor allem im Süden und Westen liegen. Von dort muss der Strom in die großen Wirtschaftszentren mit hoher Energienachfrage gebracht werden. „Entscheidend ist das Übertragungsnetz. Nur mit neuen Stromleitungen erreicht der grüne Strom auch die Endverbraucher. Der Ausbau der grünen Korridore in Indien zählt zu den ambitioniertesten Projekten der Netzinfrastruktur weltweit“, betont Jünger.

Insgesamt werden, finanziert durch die deutsche Finanzielle Zusammenarbeit, in Indien mehr als 6500 Kilometer neue Stromleitungen verlegt und mehr als 80 Umspannstationen gebaut oder erneuert.

Allein mit den bereits durch die KfW mit den indischen Partnern abgeschlossenen Darlehensverträgen werden Anlagen finanziert, durch die genug grüner Strom fließt, um den durchschnittlichen Jahresverbrauch von elf Millionen Indern zu decken. (miru) //

KfW Bankengruppe/Oliver Jünger

Stromleitungen im Bundesstaat Andhra Pradesh.

REDD-Vergütungszahlungen retten Regenwälder

Eine Zahlung – doppelter Nutzen: Waldschutz vereint mit Klimaschutz, das ist der Trick, der REDD so sinnvoll macht. REDD steht für Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation - ein internationales System von Zahlungen, das den Schutz von Wäldern belohnt. Die Bundesregierung unterstützt den innovativen Finanzierungsansatz mit dem „REDD für Early Movers"-Programm, um den brasilianischen Bundesstaat Acre bei der Umsetzung von REDD zu fördern.

KfW Bankengruppe/Christiane Ehringhaus

REDD belohnt den brasilianischen Bundesstaat Acre für den Stopp großflächiger Rodungen und hilft dabei, die Entwaldung noch weiter zu reduzieren.

Einen ganz besonderen Schatz hütet der Bundesstaat Acre im brasilianischen Amazonasbecken: Hier stehen 14 Millionen Hektar ursprünglichen Regenwalds. In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatten Gewerkschafter gegen Rinderfarmer und Holzfäller gekämpft, um den Wald zu schützen. Einer von ihnen, der Kautschukzapfer Chico Mendes, erlangte traurige Berühmtheit, weil er sein Engagement mit dem Leben bezahlte. Seitdem hat die Regierung eine innovative Politik zum Erhalt des Waldes entwickelt und die Entwaldung in den letzten Jahren stark reduzieren können.

Die Zerstörung von Wäldern ist mit etwa zwölf Prozent eine der weltweit größten Quellen von Treibhausgasen. Daher kommt dem Schutz des Waldes eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz zu. Das Konzept REDD steht für internationale Vergütungszahlungen, die für nachgewiesene Reduzierungen von CO_2-Emissionen durch Entwaldung geleistet werden.

Das deutsche „REDD für Early Movers"-Programm (REM), das im Juni 2012 auf der Rio+20-Konferenz vorgestellt wurde, vergütet die Klimaschutzleistung von Pionierregionen, die bereits eigenverantwortlich Abholzung reduziert haben. Mit Hilfe von Satelliten wird überprüft, wie sich der Waldbestand und damit die Emissionen eines Jahres gegenüber einem historischen Durchschnittswert verändert haben. So fließen im brasilianischen Bundestaat Acre fünf US-Dollar je Tonne eingesparter Emissionen in einen bundesstaatlichen Fördertopf. Die Mittel des REM-Programms in Acre stammen vom BMZ sowie aus der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des Bundesumweltministeriums (BMUB) und werden von der KfW Entwicklungsbank verwaltet. Bisher wurden bereits 3,05 Millionen Tonnen eingesparte Emissionen vergütet – das entspricht dem jährlichen CO_2-Ausstoß von ca. 1,5 Millionen Autos in Deutschland.

Die Gründe für diesen außergewöhnlichen Erfolg sind vielfältig und werden insbesondere den tiefgreifenden Politikmaßnahmen des Staates zugeschrieben. Die Regierung investierte über Jahrzehnte in den Waldschutz, indem sie sowohl Anreize für nachhaltige Landnutzung schuf als auch die staatliche Aufsicht stärkte. Die Etablierung eines innovativen bundesstaatlichen Systems zur Förderung von Umweltdienstleistungen namens SISA (Sistema Estadual de Incentivos a Serviços Ambientais), das als eines der weltweit führenden seiner Art gilt, ermöglichte den Aufbau von REDD mit ergebnisbasierten Zahlungen.

Ein Drittel der REM-Mittel, die durch die Zahlungen an den staatlichen Fonds in Acre fließen, dient dem weiteren Ausbau des SISA-Systems und der Entwaldungsbekämpfung. Der überwiegende Teil der Gelder geht an die lokale Bevölkerung, insbesondere Kleinbauern, Kautschukzapfer und indigene Volksgruppen, die einen besonders wichtigen Beitrag zum Erhalt des Regenwaldes leisten. So entsteht Einkommen durch nachhaltige Waldnutzung. Bisher haben 4250 Familien von den Anreizen profitiert, zusätzlich wurden 500 indigene Familien aus einem eigenen Indigenenprogramm unterstützt.

Das REM-Programm vergütet somit einerseits bereits erbrachte Klimaschutzleistungen und schafft andererseits Anreize für weitere Reduktion der Entwaldung und nachhaltige Entwicklung. Auch Ecuador und die Amazonasregion Kolumbiens folgen nun dem Beispiel Acres und sind dabei, sich als Early Mover im Rahmen des REM-Programms zu qualifizieren. (cas) //

Produktion klimafreundlich und nachhaltig gestalten

Weniger Wasser oder Strom verbrauchen, Pflanzenreste als Dünger benutzen – das schützt nicht nur natürliche Ressourcen, sondern ist auch wirtschaftlich sinnvoll. Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, eine Tochter der KfW Bankengruppe, berät Unternehmen aus Entwicklungs- und Schwellenländern, wie sie nachhaltig produzieren können. Dazu bietet sie nicht nur Energieeffizienz-Checks, sondern auch Checks zum Verbrauch von Ressourcen wie Wasser, Boden und fossilen Rohstoffen an.

Kleingehäckselte Bananenstrünke werden auf den Plantagen eines Bananenproduzenten in Ecuador zu Kompost verarbeitet. So entsteht ein wirkungsvoller, natürlicher Dünger, der wieder auf die Felder ausgebracht wird. Früher wurden die Strünke nach der Ernte einfach zwischen den Bananenstauden liegengelassen und trugen so nur wenig zur Verbesserung der Fruchtbarkeit bei. Nun wird der Grünschnitt gesammelt und anschließend kompostiert. Dank dieser innovativen und leicht umzusetzenden Maßnahme kann der Einsatz von Kunstdünger reduziert werden, was auch eine erhebliche Kostenersparnis bedeutet.

Die Neuerung ist das Ergebnis eines Ressourceneffizienz-Checks, den die DEG für ihren Kunden finanziert hat. Schwerpunkt der Beratung waren die Themen Bodenfruchtbarkeit und Biomasse, anschließend wurden von den Beratern dazu konkrete Vorschläge erarbeitet.

Energieeffizienz-Checks bietet die DEG bereits seit längerem an. Das Angebot wurde Schritt für Schritt ausgebaut: Neben der Beratung wird auch die Planung, Umsetzung und das Monitoring konkreter Maßnahmen gefördert. Rund 40 Energieeffizienz-Checks hat die DEG seit 2010 durchgeführt. Seit Mitte 2014 bietet die DEG zusätzlich Ressourceneffizienz-Checks an; sieben Kunden aus der Agrarbranche haben bisher dieses Angebot genutzt. Die Beratung übernehmen zumeist Experten von Partnerunternehmen wie Siemens, Bayer Technology Services, Fichtner oder der niederländischen Wageningen Universität. Die Investitionen, die aufgrund der Effizienz-Checks vorgeschlagen werden, liegen in Größenordnungen von etwa 30 000 bis 500 000 US-Dollar. In der Regel amortisieren sie sich innerhalb von drei Jahren. Die Investitionen sind gleichzeitig ein Beitrag zum klimafreundlichen Wirtschaften.

„Wir sind stolz, energieeffiziente Hotels zu bauen und damit zum Umweltschutz beizutragen", erklärt ein DEG-Kunde. Der Bauträger dreier Hotels in Lateinamerika entschied sich nach der Beratung durch die DEG für den Einsatz von Energiesparleuchten und eine Photovoltaik-Anlage. Die Kosten in Höhe von 375 000 US-Dollar sollen nach fünf Jahren wieder in der Kasse sein. Gegenüber der ursprünglichen Planung werden 414 000 KWh Energie eingespart.

Neben solchen Beratungsleistungen bietet die DEG auch die Finanzierung von Investitionen in den Klima- und Umweltschutz sowie für erneuerbare Energien wie Wind- und Solarkraft an. Allein im Jahr 2014 wurden für solche Vorhaben privater Unternehmen 691 Millionen Euro neu zugesagt. Außerdem wird mit den 2014 zugesagten Finanzierungen die jährliche Produktion von 4000 GWh grünem Strom ermöglicht, mit dem fast 5,5 Millionen Menschen versorgt werden. (cas) //

KfW-Bildarchiv/photothek.net

Die DEG berät Unternehmen auch zum sparsamen Umgang mit Wasser.

Wellenbrecher für Tunesien

Die globale Erderwärmung wird nicht nur in der fernen Südsee, sondern auch am Mittelmeer für einen Anstieg des Meeresspiegels sorgen, so lauten die Prognosen. Für ein Land wie Tunesien ist das eine Bedrohung, denn dort leben etwa zwei Drittel der Bevölkerung an der Küste, dort liegen auch die wichtigsten Wirtschaftszentren. Die Strände sind außerdem die Grundlage für den Fremdenverkehr, der einen wichtigen Beitrag zur tunesischen Wirtschaft leistet. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt daher im Auftrag der Bundesregierung den Schutz der Küste des nordafrikanischen Landes.

Kerkennah gilt als Geheimtipp unter Globetrottern. Die flache Insel vor der Küste der Industriestadt Sfax ist ein unberührtes Kleinod. Doch die noch kaum erschlossenen Strände sind bedroht: Unaufhörlich nagt das Meer an der Küstenlinie. Mit jedem Hochwasser und jeder Sturmflut wird ein Stück Land abgetragen, ist unwiederbringlich verloren. Eine Technologie, die seit Jahrhunderten die norddeutschen Strände schützt, soll nun auch hier eingesetzt werden: Wellenbrecher, Deiche und Buhnen werden die Kraft des Meeres auffangen und den wertvollen Sand schützen. Außerdem werden Strände wieder aufgeschüttet und Dünen durch Anpflanzungen stabilisiert sowie künstliche Riffe gebaut.

Derzeit sind bereits 127 Kilometer tunesischer Küste von Erosion bedroht. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt die tunesische Küstenschutzbehörde APAL (Agence de Protection et d'Aménagement du Littoral) dabei, die Strände zu retten. Dafür hat das BMZ aus dem Energie- und Klimafonds der Bundesregierung zur Förderung des nationalen und internationalen Klimaschutzes insgesamt rund 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Insel Kerkennah und die Strände des Ortes RafRaf machen den Anfang, später sollen Küstenabschnitte im südlichen Golf von Hammamet zwischen Hergla und Sousse sowie die Feuchtgebiete „Lagune von Boughrara" und „Sebka von Soliman" folgen.

Die Küste Tunesiens ist bis nah an den Strand bebaut. Ein steigender Meeresspiegel bedroht die Siedlungen.

KfW-Bildarchiv/photothek.net

Die Lagunen mit ihrer Mischung aus Süß- und Salzwasser sind wichtige Überwinterungsorte und Raststätten für Vogelarten wie die Brandgans, den Flamingo oder den Säbelschnäbler. Durch den erwarteten Anstieg des Meeresspiegels ist das empfindliche ökologische Gleichgewicht dieser Feuchtgebiete gefährdet, sie drohen zu versalzen. Der Küstenschutz leistet also mit dem Erhalt der Lagunen auch einen Beitrag zur Biodiversität.

Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht zudem die ohnehin begrenzten Trinkwasserreserven Nordafrikas. Das vorhandene Oberflächenwasser leidet unter zunehmender Verschmutzung. Bereits jetzt sind die tunesischen Wasserressourcen übernutzt. Durch die Folgen des Klimawandels wird das Wasser knapper, denn die Verdunstungsmengen werden steigen und die Niederschläge abnehmen. Wenn ein steigender Meeresspiegel Salzwasser in Brunnen drückt, würde sich die Versorgung mit Trinkwasser weiter verschlechtern. Überflutungen würden fruchtbares Ackerland versalzen lassen. Auch deshalb ist der Küstenschutz in Tunesien eine wichtige Investition in die Zukunft.

Von den Küstenschutzmaßnahmen werden unmittelbar rund 400 000 Einwohner der Region profitieren. Langfristig leisten die Maßnahmen eine wichtige Funktion für den Fortbestand des Tourismus, der sieben Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes beiträgt. Neben dem Tourismus dienen die Küstenschutzmaßnahmen auch der Industrie, Fischerei und Landwirtschaft. (cas) //

Impressum

Verantwortlich: Barbara Schnell, KfW Entwicklungsbank
Redaktion: Alia Begisheva, Friederike Zeitler
Autoren: Michael Ruffert (miru), Dr. Charlotte Schmitz (cas)

Grafik-Design und Satz: Nina Hegemann
Druck und Verlag: Frankfurter Societäts-Medien
Postfach D-60268 Frankfurt, Germany
Diese Beilage wird auf PEFC-zertifiziertem Papier gedruckt.